

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 3,00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Anzeigensuche 1,00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 1,20 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Samstags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 42

Duisburg, den 15. Oktober 1921

22. Jahrgang

Bekanntmachung des Vorstandes

In Vollmacht der Verbandsgeneralversammlung hat der Vorstand und Ausschuß einstimmig nachfolgende Beitrags- und Unterstützungsänderung beschlossen:

Die Beiträge stellen sich ab 45. Woche für die Hauptkasse

1. Klasse 5,25 M.
2. Klasse 4,25 M.
3. Klasse 2,50 M.

Hierzu kommen die Lokal- und Bezirksbeiträge.

Das Unterstützungswesen wurde wie folgt geregelt:

Die Erwerbslosenunterstützung beträgt pro Woche in der

1. Klasse von 21—45 M.
2. Klasse von 18—30 M.
3. Klasse von 12,75—21,75 M.

Streik- und Maßregelungsunterstützung für Ledige

1. Klasse von 87—111 M.
2. Klasse von 72—96 M.
3. Klasse von 48—70 M.

für Verheiratete

1. Klasse 102—120 M.
2. Klasse 81—105 M.
3. Klasse 55—75 M.

Für jedes Kind 9 Mark pro Woche.

Unter 26 Wochen Mitgliedschaft
Ledige 36 Mark, Verheiratete 40,50 Mark.

Reisegeld 5 Mark pro Tag.

Die angeführten Unterstützungsätze gelten nach den in den Verbandsabmachungen festgelegten Bestimmungen.

Die Abrechnung nach obigen Sätzen erfolgt mit der Hauptkasse ab 1. Januar 1922.

Der Vorstand und Ausschuß.

J. W.: Wieber, Verbandsvorsitzender.

Geldentwertung, Unternehmerkapital und Beitragsfrage

Es ist eine allbekannte und dem Gewerkschaftler nicht neue Tatsache: Eine Gewerkschaftsbewegung, die ihre Aufgaben, die sie sich gesetzt hat, nämlich die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die materielle und auch kulturelle Förderung der Arbeiterklasse, erfüllen will, muß sich führen können auf zwei starke Pfeiler: Auf bedeutende Mitgliederzahlen und gute Kassenverhältnisse.

Bei der Summe von Aufgaben, vor der sich jede Organisation und auch unser Verband steht, kann auf keine der beiden verzichtet werden und ist das eine so notwendig wie das andere. Nun haben aber in der Nachkriegszeit die Verhältnisse der beiden Momente sich sehr zu Ungunsten der Kassenverhältnisse verschoben. Während vor dem Krieg unsere Kollegen einen Stundenlohn als Wochenbeitrag bezahlten, hatten sie sich ein durchaus stabiles Vermögensverhältnis geschaffen, mit dessen Hilfe sie den wirtschaftlichen Kämpfen auf lange Zeit gewachsen waren. Das Vermögen pro Mitglied in unserem christlichen Metallarbeiterverband stand weitaus am besten von den drei Metallarbeiterverbänden.

Die Nachkriegszeit brachte nun eine gewaltige Steigerung der Mitgliederzahlen unseres christlichen Metallarbeiterverbandes. Neue Probleme wuchsen auf, am Horizont drohten große Wirtschaftskämpfe. Zu gleicher Zeit setzte aber infolge der wirtschaftlichen Depression, der Revolution und der Kriegsschulden eine steigende Entwertung des Geldes ein.

Die Teuerung aller Bedarfsartikel stieg um das 15- bis 20fache, der Lohn mußte notwendigerweise steigen, wenn man im Haushalt und in der Familie auskommen wollte. Das Unternehmertum sammelte immer größere Kapitalien an, Fonds der Unternehmer gegen Bestrebungen der Arbeiterklasse füllten sich von Monat zu Monat — aber der Fonds der Gewerkschaften, der zur Erringung berechtigter Arbeiterinteressen dienen sollte, blieb stehen. Der Verbandsbeitrag hatte kein Verhältnis zur Vorkriegszeit vollkommen verloren. Aus dem Stundenlohn war ein Drittel- oder Vierteltstundenlohn geworden. Man weiß nicht, ob man der deutschen Gewerkschaftsbewegung einen größeren Vorwurf machen kann, als es der ist, daß die Mitglieder in bezug auf die Vermögensgestaltung des Verbandes nicht wirtschaftlich genug denken.

Zwar hatte unser Verband auch im Jahre 1920 ein größeres Kopfovermögen als es der sozialistische Metallarbeiterverband hatte, aber im Vergleich zur Vorkriegszeit war es sehr gesunken. Erhöhten, durch die Teuerung bedingten Ausgaben, standen nicht die Einnahmen entgegen, von denen ein vorzüglich wirtschaftender Gewerkschaftler hätte behaupten können, daß sie ihn auch nur annähernd befriedigten. Daran konnten auch die gelegentlichen geringen Beitragserhöhungen nichts ändern. Greifen wir aus der Summe der Ausgaben nur einmal die für das Verbandsorgan heraus. Die Preissteigerungen für Papier, Druck, Verpackung usw. schnellen von Vierteljahr zu Vierteljahr in die Höhe. Die Jahreskosten dafür betragen 1920 allein 14,5 Prozent der Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen, während das Verhältnis 1913 etwas über 6 Prozent betragen hat. Alle anderen Ausgaben stiegen im gleichen Maße. Die Verbandsbeiträge aber konnten den Weg zu einer der früher entsprechenden Höhe absolut noch nicht finden.

Standen so Leistungen des Verbandes und Einnahmen in nicht richtigem Verhältnis, so mußte die Tatsache noch bedenklicher stimmen, daß wir der Zeit großer wirtschaftlicher Auseinandersetzungen immer näher kamen, und daß gerade für eine solche Zeit nur eine sehr starke Verbandskasse den Kollegen einen festen Rückhalt zu geben in der Lage ist. Der Kampf um den Lohn ist noch lange nicht beendet, er wird in der Zukunft zu einem der brennendsten Probleme werden. Die Unternehmer schließen sich zusammen, um als geeinte Macht marschieren zu können. Zahlen und Kräfte stehen da, von deren Größe sich die meisten Kollegen überhaupt keine Vorstellung machen. So schließt z. B. nach vorsichtiger Schätzung der Stinneskonzern an eigenen Werken oder an beteiligten ein Rieskapital von ungefähr 7 Milliarden in sich, der Altkonzern an 2 Milliarden, der Konzern der A. G. kaum weniger; daneben stehen, gegen alle wirtschaftlichen Möglichkeiten äußerst gut gerüstet, die übrigen Werke der Eisen- und Metallindustrie.

Und die Metallarbeiterschaft? Wie will sie ohne den Stützpunkt eines starken Verbandsvermögens marschieren können? Wie auch in Zukunft mit der gleichen Energie wie in der Vergangenheit ihre Interessen wirksam vertreten können?

Wenn das geschehen soll, wenn unsere Kollegenschaft wirklich gegen alle Stürme der Zeit gerüstet sein will, wenn der Verband nach jeder Seite hin leistungsfähig sein soll, dann mußte unbedingt eine größere Stärkung unseres Verbandes vorgenommen werden. Daher haben einstimmig die Vertreter unseres christlichen Metallarbeiterverbandes, vereint in Vorstand und Ausschuß, vor einigen Tagen einen Beschluß gefaßt, dessen Resultat in obiger Bekanntmachung vorliegt. Die letzte Generalversammlung in Essen hatte bekanntlich Vorstand und Ausschuß die Vollmacht gegeben, bis zur nächsten Generalversammlung nach Lage der Dinge eine Beitrags- oder Unterstützungsänderung vorzunehmen, da eine jedesmalige einzuberufende außerordentliche Generalversammlung zu zeitraubend und zu kostspielig sei, ein Standpunkt, dem übrigens auch der rote Metallarbeiterverband aus seiner Generalversammlung in Jena gefolgt ist. Die Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungswesens hat besonders im Unterstützungswesen erheblich höhere Sätze gebracht, demgegenüber die Erhöhung der Beiträge kaum nennenswert ins Gewicht fallen dürfte. Zwar vollständig befriedigen den Verband kann auch diese neue Regelung noch nicht, denn wir sind von unserem früher vertretenen Prinzip, einen Stundenlohn als Wochenbeitrag zu zahlen, noch weit entfernt und wir müssen uns da von unseren keinen christlichen Brüdern befehlen lassen, die, wie z. B. der christliche Holzarbeiterverband, in der 1. Klasse 10 Mark und in der zweiten Klasse 9 Mark erheben.

Unsere christliche Metallarbeiterschaft, die sich stets mit aller Energie für die Ausbreitung und Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes einsetzte, weiß, daß die Beitragserhöhung bitter notwendig war. Es gilt jetzt alle Kraft aufzuwenden, um den Verband wie in Vergangenheit so auch in der Zukunft leistungsfähig zu erhalten zum Besten des Metallarbeiterstandes und damit auch des arbeitenden Volkes.

Vom Ergebnis der 2. Wahlen der Betriebsräte

Wie im verflossenen Jahr bei den ersten Betriebsratswahlen, so kann auch bei den diesjährigen zweiten Betriebsratswahlen, der stärkste Berufsverband der christlichen Gewerkschaften, der Christliche Metallarbeiterverband mit Befriedigung auf das erzielte Ergebnis schauen. Der Verband hat nicht nur seine Vertreterzahl restlos erhalten, sondern merklich vermehrt. Das Ergebnis wäre noch besser, wenn alle Berichte vorlägen. Es fehlen in dem Gesamtergebnis: der Bezirk

Katowitz, in dem infolge der politischen Unruhen die Wahlen hinausgeschoben wurden, ferner die Berichte von Bonn, M.-Glabbach, Remscheid und einigen kleineren Gruppen, die sich zu einer rechtzeitigen Einsendung derselben nicht aufschwingen konnten.

Die Erhebungen über die Wahlergebnisse erstrecken sich insgesamt auf 2063 Betriebe, davon beschäftigten 1708 Betriebe mehr als 20 und 357 weniger als 20 Arbeiter und Arbeiterinnen. Insgesamt betrug die Zahl dieser Beschäftigten 762 886. Hiervon waren organisiert: 192 141 christlich, 377 451 sozialistisch und 52 144 Hirsch-Dunder, 49 075 in den verschiedensten radikalen Vereinigungen, 23 692 in sonstigen Verbänden, 6936 „Gelbe“ und weit über 50 000 waren unorganisiert. Nach der Mitgliederzahl des Verbandes vom 1. April d. J. dürften zirka 40 000 Verbandsmitglieder entweder an dieser Erhebung nicht beteiligt oder dem B.V.G. nicht unterstellt sein. Zu den letzteren gehören auch die Mitglieder im Saargebiet wie im jogen. Freistaat Danzig und die in kleineren handwerksmäßigen Betrieben beschäftigten.

In 310 Betrieben war der Christliche Metallarbeiterverband als alleinige Organisation vertreten. Es wurde hier nur je eine Vorschlagsliste eingereicht, wodurch sich Wahlen im weiteren Sinne erübrigten und diese Listen als „gemählt“ galten. In weiteren 708 Betrieben wurde infolge Wahlverständigungen zwischen den verschiedenen Organisationen ebenfalls je nur eine Wahlvorschlagsliste eingereicht, so daß sich auch hier weitere Wahlen erübrigten. Solche Verständigungen wurden ermittelt zwischen christlichen Brüdernverbänden und solchen des Deutschen Gewerkschaftsbundes in 101, zwischen christlichen und sozialistischen Verbänden in 243, zwischen christlichen Verbänden und dem H.-D. Gewerksverein in 72, zwischen den drei Zentral-Metallarbeiterverbänden in 212 und mit sonstigen Verbänden in vier Fällen.

Einige wenige weitere Wahlen fanden nach den eingegangenen Berichten nur in 631 Betrieben statt. Hierbei stellte der Christliche Metallarbeiterverband in 645 Fällen allein eine eigene Vorschlagsliste auf, 123 Vorschlagslisten wurden vereint mit anderen christlichen Berufsverbänden und 113 mit sonstigen Verbänden des Deutschen Gewerkschaftsbundes oder auch gemeinsam mit dem H.-D. Gewerksverein gegen andere aufgestellt.

Bei den tatsächlichen Wahlen wurden folgende abgegebenen Stimmen ermittelt: 112 857 christliche, 290 995 sozialistische, 22 788 Hirsch-Dunderische, 63 085 radikale Vereinigungen, 5828 sonstige Verbände und 2195 für „Gelbe“ und Unorganisierte. Die Zahl jener Wahlberechtigten, die nicht wählten, beträgt allein 71 198, bei den erstmaligen Wahlen waren es nur 26 649. Ungültig abgegebene Stimmen wurden 4825 ermittelt.

Die Zahlen der gewählten Betriebsvertreter, also Betriebsräte, Arbeiterräte und Betriebsobleute ohne Ergänzungsmitglieder, betragen zunächst in allen Betrieben, wo mehrere Organisationen in Frage kamen, 3348 christl., 5124 sozialistische, 567 Hirsch-Dunderische, 348 von radikalen Vereinigungen, 38 sonstige Verbände und 6, die der „gelben“ Vereinigung angehören. Hinzu kommen dann noch für den christlichen Verband 1242 weitere Betriebsvertreter, die dort gewählt wurden, wo er allein in den Betrieben vertreten war.

Ein Vergleich der Betriebsräte-Wahlergebnisse mit dem Vorjahr ergibt, daß der christliche Metallarbeiterverband bei den vorjährigen Wahlen in 2022 Betrieben 4084 Betriebs- und Arbeiterräte und 295 Betriebsobmänner erzielte. Bei den diesjährigen Wahlen sind die Zahlen der ermittelten Betriebe auf 2063, sowie die der Vertreter auf 4239 Betriebs- und Arbeiterräte und der Betriebsobmänner auf 341 gestiegen. Somit ein Mehr von 41 Betrieben und von 201 Betriebsvertretern, ein immerhin erfreuliches Ergebnis, welches den Mitgliedern, den Führern wie unserer Gesamtbewegung eine gute Zukunft eröffnet.

Das Ergebnis wäre noch ein besseres, wenn die Wahlen allerwärts rechtzeitig und geschickt eingeleitet, nicht durch den bekannten terroristischen Druck beeinflusst worden wären und wenn man nicht in so manchen Betrieben zu Wahlverständigungen oder jogen. Einheitslisten seine Zustimmung gegeben hätte. Indes findet auch Beachtung, daß selbst in sozialistischen Hochburgen die christliche Metallarbeiterschaft sich immerhin durchsetzt und in Duzenden von Betrieben selbst hier und da unterstützt von Stimmen sozialistisch organisierter Arbeiter immerhin Vertreter erhielt. Ueber die Wahlergebnisse im einzelnen hat unser Verband wieder einen besonders statistisch bearbeiteten Druckbericht herausgegeben, der über alle wichtigen Einzelheiten der Wahlen nach Orten wie Bezirken einen auch für kommende Wahlen beachtlichen Wehrbestand bietet.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1920

II.

In der vorigen Nummer unseres Organs haben wir unseren Kollegen den Aufschwung der christlichen Gewerkschaften hinsichtlich der Mitgliederzahl dargestellt. Im folgenden kommen wir auf die Vermögensverhältnisse und Lohn- und Tariffragen zu sprechen.

Die Gesamteinnahmen der christlichen Gewerkschaften betragen im Jahre 1920 84 815 200 M. Ein Mehr gegenüber dem Vorjahre von 59 200 426 M. Die Gesamtausgaben betragen 68 413 688 M. gegenüber dem Vorjahre mehr 44 806 373 M. Der Vermögensbestand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahre von 20 161 620 M auf 42 413 950 M. Eine Vergrößerung von 22 252 321 M. Es ist dies eine prozentuale Steigerung von 110,3 Prozent. Mehr als verdoppelt haben ihren Vermögensbestand in 1920 die Bau-, Berg-, Fabrik-, Gemeindefabrik-, Lederarbeiter, Maler, Nahrungsmittelarbeiter, Schneider, Tabakarbeiter und Textilarbeiter. Den im Verhältnis größten Vermögenszuwachs haben die beiden letztgenannten Verbände der Tabak- und Textilarbeiter aufzuweisen.

Den sachlich größten Zuwachs weisen die Metall- und Bergarbeiter mit rund sechs bzw. sieben Millionen Mark auf. Inwiefern es gelungen ist, der finanziellen Kraft der Verbände durch die dauernde Geldentwertung keinen Abbruch tun zu lassen, ist bei der im Berichtsjahre noch immer größer werdenden Entwertung aller Werte nicht leicht festzustellen. Es fehlen die Maßstäbe und der feste Boden, um dies im einzelnen nachprüfen zu können. Doch herrscht fast bei allen Verbänden der weitsehende und energische Wille vor, die finanzielle Schlagkraft zu erhalten und nach Möglichkeit zu steigern.

Die Nährquelle der Finanzkraft der Gewerkschaften sind die Mitgliederbeiträge. Die Anpassung ihrer Höhe an die Geldentwertung war bereits 1919 versucht worden. Die Wirkung der erhöhten Beiträge kommt in den gewaltig gestiegenen Einnahmen des Jahres 1920 zum Ausdruck. Die Gesamteinnahmen der christlichen Gewerkschaften betragen in 1919 25 614 774 M. 1920 vereinnahmte demgegenüber der Christliche Metallarbeiterverband vier Fünftel dieser Summe nämlich 21 857 895 M., davon an Beiträgen 21 433 765 M. Und trotzdem darf man sagen: Auch 1920 war nach der Seite der Finanzgebarung der Gewerkschaften noch ein Jahr des Uberganges.

Die 1919 beschlossenen höheren Beiträge erwiesen sich bald wieder als unzulänglich und mußten im Laufe des Berichtsjahres durchweg wieder erhöht werden. Auf die Frage: Wie hoch muß der Gewerkschaftsbeitrag unter den gegenwärtigen Zeitläufen überhaupt sein, bildete sich allmählich eine Norm der Antwort, die aber in der praktischen Anwendung im Jahre 1920 noch mehr erstrebtes Ziel blieb, als Anwendung fand. Die Norm lautet: der wöchentliche Gewerkschaftsbeitrag soll der Höhe eines Stundenlohnes gleichkommen. Der Holzarbeiterverband beschloß auf seinem im Mai stattgefundenen Verbandstag diese Norm für die Beitragsleistung als grundsätzliche Richtlinie. Neben den Holzarbeitern haben einige weitere Verbände im Laufe des Jahres diesem Ziele energisch zugehört. Die höchste Durchschnittsbeitragsleistung je Mitglied im Jahre 1920 haben wiederum die Buchdrucker (Gutenberg-Bund) aufzuweisen. Es folgen die Bauarbeiter, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Maler, Bergarbeiter, Textilarbeiter usw. Daß die Buchdrucker nach wie vor die Führung hielten, ist um so beachtenswerter, als sie längst nicht mehr zu den höchstbezahltesten Arbeiterschichten gehören, sondern in der Lohnhöhe weit zurückgeraten sind. Was die Buchdrucker in ihrer Organisation aber anderen Verbänden voraushaben, ist die stabiler, geschlossener und weniger differenzierte Mitgliedschaft mit alter gewerkschaftlicher Schulung und Disziplin. Beachtenswert ist ferner, daß die Textilarbeiter, trotz dem ihr Verband zwei Drittel weiblicher Mitglieder zählt und das Jahr 1920 in wirtschaftlicher Beziehung für die Textilindustrie ein sehr ungünstiges gewesen ist, mit der Durchschnittsbeitragsleistung seiner Mitglieder Verbände mit vorwiegend männlicher Mitgliedschaft übertrug.

Ein lehrreiches Zahlenmaterial enthält die Tabelle über Ursachen, Ausgang und beteiligte Personen bei Streiks und Ausperrungen sowie Lohn- und Tarifverhandlungen. In erster Linie interessieren uns hierbei wiederum die über unsere Organisation veröffentlichten Zahlen. Der Bericht stellt hierüber fest:

Der Metallarbeiterverband war im Berichtsjahre an insgesamt 2391 Bewegungen beteiligt, wovon 215 zu wirtschaftlichen Kämpfen führten. Die übrigen wurden auf dem Schlichtungswege beigelegt. Von den Kampf Bewegungen waren 176 Angriffstreiks, 11 Abwehrstreiks und 28 Ausperrungen. Viele von diesen Kämpfen hätten erspart werden können, wenn Schlichtungsverfahren und der ordnungsmäßige Verhandlungsweg auf beiden Seiten besser eingehalten worden wäre. Im Durchschnitt war jedes Verhandlungsmitglied mehr als viermal an Bewegungen beteiligt. Mit vollem Erfolg wurden 1280 Bewegungen, mit teilweisem Erfolge 981 Bewegungen durchgeführt. 130 Bewegungen blieben erfolglos. In 692 Fällen waren an der Führung und Vermittlung der Bewegung Arbeiterbetriebsvertretungen beteiligt. In 249 Fällen beschäftigten sich Arbeitsgemeinschaften mit den Bewegungen, in 345 Fällen wurden Schlichtungsausschüsse und 111 mal sonstige Vermittlungs- und Entschuldigungsverfahren angerufen. Auch in der Metallindustrie ist es im Verlaufe des Berichtsjahres gelungen, in verschiedenen Orten Familienzulagen zu erwirken.

Unsere christliche Gewerkschaftsbewegung hat im Jahre 1920 große Schwierigkeiten zu überwinden gehabt. Die Erfolge sind aber auch nicht ausgeblieben. Der Gedanke unserer Bewegung beginnt überall mehr als je Wurzel zu schlagen. An uns ist es, eifrig und pflichtbewußt zu arbeiten, um unserer christlichen Forderungen zum Siege zu verhelfen.

Lohnerhöhung oder Preisabbau

Hartwig Schubart.

Der befolgende Aufsatz unseres Mitarbeiters spricht sich entschlossen für Preisabbau aus. Wenn wir ihm auch nicht in allen seinen Ansichten folgen können, so schien er uns doch immerhin sehr beachtens- und besprechenswert.

Der kommende Winter bringt in Deutschland auf vielen Gebieten Preiserhöhungen — diese Verteuerung des Lebens muß sich natürlich auf alle Gebiete erstrecken, und ein allgemeiner Preisausschlag ist notwendig. Ein solcher allein wirkt aber bereits ungünstig auf die Bewertung der deutschen Valuta im Ausland, da er eine Verminderung der Kaufkraft des deutschen Geldes im Inland bedeutet. Die weiteren Folgen werden natürlich sein, höhere Lohnforderungen der Arbeiter, höhere Gehaltsforderungen der fest Angestellten und Beamten. Das bedeutet eine Staatsbelastung, der zunächst keine höhere Staatseinnahme gegenübersteht, also erneute Arbeit der Notensprende, erneutes Wachsen der deutschen Schuld, der Papierinflation, erneuter Druck der Valuta. Und damit ist nicht etwa ein Stillstand erreicht, sondern alle Industrien und Unternehmungen, auch diejenigen, die von einer niedrigen Valuta an sich Vorteile haben, wälzen die Mehrausgaben an Löhnen pp. natürlich auf die Konsumenten ab. Es ist also die Schraube ohne Ende. Zugleich dürfte die bisherige Erfahrung der Arbeiterschaft gezeigt haben, daß alle ihre

Lohnerhöhungen immer nur hinterher hinken,

und von weiteren Verteuerungen gefolgt wurden. Zudem ist es ebenso eine alltägliche Erfahrung, daß um so mehr einzelne „reiche Leute“ entstanden sind, je höher die Teuerung, die Gehälter und die Löhne angewachsen sind; das Geld hat nun einmal die Tendenz, sich um so schneller in einzelnen Händen anzufammeln, je größer seine Umlaufmenge ist. Wir befinden uns also in Deutschland trotz der wirtschaftlichen Betätigung, die nach meiner Erfahrung wohl die stärkste des derzeitigen Europa sein dürfte, einem stark abschüssigen Wege, der über den Staatsbankrott hin zu österreichischen oder gar russischen Verhältnissen führt. Wie unter den Umständen dann eine Qualitätsindustrie und Qualitätsarbeiter noch möglich sind, steht tatsächlich auf einem anderen Blatt. Ob dann noch die vielen Mittel ausgeworfen werden können für Heranbildung von Qualitätskräften, ist sehr zu bezweifeln. Und doch brauchen wir gute, besser vorzügliche Lehranstalten, wir brauchen Lehrer, die unsere Jugend weiterbilden können mit voller Kraft, nicht geschwächt durch Unterernährung und dauernde Sorgen, wir brauchen Forscher, die mit voller Kraft arbeiten können an der weiteren Erforschung aller Natur- und Lebensgesetze, und deren Erfolge zum guten Teile unserer Industrie und unserer Arbeiterschaft zugute kommen, wir brauchen Forschungsinstitute, die nicht wie zur Zeit schon durch den Mangel an den nötigen Instrumenten in der Erfüllung ihrer Aufgaben beschränkt sind. Man denke z. B. an den Elektrizitäts-Kurs in Duisburg, vergl. Nr. 38 der Zeitung. Hört aber die deutsche, auf den Arbeiten deutscher Wissenschaft basierende Industrie einmal auf, die erste Europas zu sein, dann tritt auch für den deutschen Arbeiter die Arbeitslosigkeit und die Not ein, die gerade jetzt in vielen anderen Ländern trotz besserer Staatsfinanzen sich bemerkbar macht, und dann kann kein neuer Papiergeldregen etwa dem deutschen Arbeiter helfen, denn wir brauchen Auslandszufuhr für unsere Nahrung, und die können wir dann auch mit den größten Mengen entwerteten Papiergeldes nicht mehr zahlen. Unser Geld darf nicht bis auf den Standpunkt des österreichischen, das im Ausland kaum, oder gar des russischen, das im Ausland garnicht mehr angenommen wird, sinken. Dabei kann Rußland immer noch teilweise mit Rohprodukten zahlen — Deutschland kann es nur mit Erzeugnissen seiner Arbeit, und diese muß besser und preiswerter — ich sage absichtlich nicht „billiger“ — sein als die fremde, sonst kann sie im Ausland keinen Käufer finden.

Es ist also ein volkswirtschaftlich nicht richtiger Weg, der neuen Preissteigerung nur durch erhöhte Lohnforderungen begegnen zu wollen — die Antwort auf Preiserhöhungen muß vielmehr bestehen in der

Erzwingung der Preisherabsetzung.

Das Ziel jedes Standes — das des arbeitenden Standes in erster Linie — muß sein, eine möglichst reichliche Befriedigung seiner materiellen und geistigen Bedürfnisse. Ich nenne materiell in erster Linie, denn erst der materiell befriedigte Mensch ist im allgemeinen im Stande, zu einer harmonischen Befriedigung geistiger Bedürfnisse zu gelangen, ja sie zum Teil sogar erst zu wünschen. In dieser Definierung des Lebenszieles steht aber kein Wort von einer bestimmten Geld-

menge. Bei billigen Preisen und vollwertigem Geld ist die benötigte Geldmenge relativ klein — bei weiterem Beharren in unserer jetzigen Finanzwirtschaft werden auch die nominell größten Geldmengen nicht mehr genügen.

Kein vernünftiger Arbeiter wird der Feststellung widersprechen, daß sein allgemeines Leben trotz niedrigeren Lohnes vor dem Kriege ein materiell bei weitem besseres war als das heutige. Besonders die Arbeiterfrau wird mir beistimmen, und wird die früheren Verhältnisse herbeisehnen im Interesse ihrer Häuslichkeit, ihrer Kinderernährung und Kindererziehung.

Es liegt nun absolut in der Hand der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands, eine Annäherung an diese früheren Verhältnisse ebenso zu erreichen und, wenn nötig, zu erzwingen, wie sie Lohnerhöhungen zu erreichen und zu erzwingen gewohnt hat. Die Arbeiterschaft ist organisiert, sie hat ihre eigenen Konsumgenossenschaften, die ihr Lebensmittel und Haushaltsgegenstände liefern, und deren Lieferungen leicht auf Bekleidung, Schuhzeug, Wäsche und dergleichen sich ausdehnen lassen, wo dies noch nicht der Fall ist. Gegenüber steht der Arbeiterschaft die ebenfalls organisierte Arbeitgeberchaft. Man versuche nun einmal den Weg, anstatt der Lohnerhöhungen eine Verbilligung der Preise in den Konsumanstalten zu verlangen, d. h. daß die Unternehmervereinigungen vorerst sich verpflichten müssen, die Mindereinnahmen dieser Konsumanstalten aus ihren eigenen Mitteln zu decken. Der Gedanke ist nicht so paradox, wie es vielleicht im ersten Augenblick aussieht. Denn auch der Unternehmer hat das größte Interesse an einer Stabilisierung der Preise, schon vom Standpunkt ihrer Unternehmung aus gesehen. Darüber könnte m. E. auch in den Arbeitsgemeinschaften wirklich einmal gesprochen werden. Natürlich wird dieser Preisabbau nur allmählich vor sich gehen können, und wird gefolgt sein müssen, sobald er ein fühlbares Maß erreicht hat, von Herabsetzungen der Löhne selber. Das ist es aber gerade, was wir in Deutschland anstreben müssen, die allmähliche Beseitigung der Papierinflation,

die Neuschaffung eines wirklichen Kaufwertes unseres Geldes.

Ich schreibe diese Zeilen in Oesterreich auf einer Reise, gerade zur Zeit des neu einsetzenden Valutafalles der Krone. Man muß selbst gesehen haben, wie hier an einem Tage die Preise für Lebensmittel sprunghaft in die Höhe gegangen sind — Fett etwa um 25 vom Hundert — wie sich eine Flut von Italienern speziell sofort über die Grenze begeben hat, um ganz billig den Tirolern ihre Winterjachen vor der Nase weg zu kaufen, wie die Bevölkerung z. B. Innsbrucks die Schließung von Bekleidungsgefilen verlangt hat, damit ihnen selbst überhaupt noch Winterjachen bleiben, wie andere Geschäfte von selbst nicht mehr verkaufen, weil sie den Besitz ihrer Waren zur Zeit für wertvoller halten als den Erlös in dem nichts geltenden österreichischen Papiergeld. Das sind die Verhältnisse, denen auch wir Deutschen entgegenstreben, und vor denen wir uns bewahren müssen.

Aber der organisierte Arbeiter kann Preisherabsetzung erzwingen, und folgen wird ihm die Beamtenschaft. Dann wird vielleicht auch eine Regierung sich finden, die nicht nur immer neue, immer unübersichtliche Steuerprogramme aufstellt, sondern die den Mut hat, gestützt auf die gesunde denkende Ueberlegung des wirklichen Volkes, zunächst die innere Entschuldung

durch Abgabe des Besitzes

herbeizuführen. Von innen heraus muß unsere Heilung kommen. Zur Zeit sind die Aufwendungen des deutschen Volkes für die innere Schuld infolge der ganzen Verwaltungs- und Nebenkosten, auch für die zu ihrer Verzinsung nötigen Steuerabgaben, ganz unvergleichlich viel höher als die in das Publikum zurückfließenden Verzinsungen — in jeder Privatbilanz würde ein solcher Posten als einfache Narrheit bezeichnet werden. Es befinden sich aber derartig große nominelle Mengen an Werttiteln aller Art — unter ihnen auch die Schulcertifikate der inneren deutschen Verschuldung — in Händen des deutschen Publikums, daß die zur Ablösung der inneren Schuld erforderlichen Milliarden ohne weiteres dem Besitz entzogen werden können.

Der Zweck des Artikels war, eine absolute Wenderung der bisherigen Lohntaktik den Arbeiterorganisationen in ihrem allereigensten Interesse zum reiflichen Nachdenken zu empfehlen — und ich hoffe, daß für diesen Zweck diese Zeilen nicht ganz umsonst geschrieben sind.

Die seltsamen Anwandlungen

des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter in bezug auf seine Stellung zu unserm Verband nehmen immer groteskere Formen an. Wir haben bereits in der vorigen Nummer mit Bedauern festgesetzt, zu welchen Auswüchsen die Agitation des Gewerkevereins gegen unsern Verband führt und haben nur mit Widerstreben Ausführungen des „Bergknappen“ zitiert, die in ihrer Art leider auf eine Vergiftung des gegenseitigen Verhältnisses hinauslaufen.

In seiner Nr. 41 zieht nun der „Bergknappe“ nicht weniger als in 4 (vier) Artikeln gegen unsern Christlichen Metallarbeiterverband zu Felde. Jeder, der die Verhältnisse im Gewerkschaftsleben kennt, wird sich wundern, daß soviel Raum gegen einen Bruderverband angewandt wird und der sozialistische Bergarbeiterverband z. B. auf der letzten Seite in der letzten Ecke nur ein ganz zahmes Notizchen erhält. Wir wollen daran keine Randbemerkungen knüpfen, zu denken gibt das auf jeden Fall aber sehr.

Daß der Gewerkeverein in seiner Nr. 41 unsern Christlichen Metallarbeiterverband erneut empfiehlt, vor allem die Rudelbäder, Köchinnen und Hausfrauen zu organisieren, weil sie doch „Teuerarbeiter“ seien, wollen wir nur lächelnd vermerken.

Wir können es uns wirklich ersparen, auf die „geistvoll“ sein sollenden Artikel einzugehen, es hieße, dem Geschreibsel zu viel Ehre antun. Einige Momente wollen wir nur herausgreifen. In Nr. 40 schreibt im „Bergknappen“ irgendwer über Industrie- oder Berufsverband und versteigt sich zu dem alle Kenner der christlichen Gewerkschaften zum Schmunzeln reizenden Satz, daß der Gewerkeverein „hauptsächlich aus Mittel- und dem schwächlichen Metallarbeiterverband“ diesem die Agitation unter den Schmieden und Schlossern über Tage gestattete. Von dieser Großmütigkeit des Gewerkevereins ist den christlichen Gewerkschaftlern tatsächlich erst mit Nr. 40, 1921, Kenntnis gegeben worden, und wir sind erstaunt, daß der Gewerkeverein jahrzehntelang mit der Kenntnissgabe seiner angeblichen Großmut hinter dem Berge gehalten hat, was doch sonst nicht gerade seine Art ist.

Unser Christlicher Metallarbeiterverband hat von jeher die Zeichenmetallarbeiter als sein Agitationsfeld mitangesehen; der Gewerkeverein hat sie ihm nicht großmütig überlassen, sondern sie sind ihm abgerungen worden. Nach zahllosen Besprechungen und Konferenzen wurden die Grenzen festgesetzt, um den leidigen Grenzstreitigkeiten ein Ende zu machen und in der Vereinbarung von 1910 wurde zwischen den beiden

Verbänden festgelegt, daß „die in den Bergwerksbetrieben und deren Nebenanlagen beschäftigten Metallarbeiter, Schlosser, Schmiede, Elektromonteur, Maschinisten usw. dem Agitationsgebiet des Christlichen Metallarbeiterverbandes vorzuziehen“ sind.

Ueber diese Abmachung lehnt sich der Gewerksverein einseitig hinweg, mit der „Begründung“, daß unser Metallarbeiterverband „bis zu den unterirdisch beschäftigten Gesteinhauern“ alles aufnehmen wolle. Wir weisen diese haltlose Verdächtigung in aller Ruhe zurück, denn sie kann den Christlichen Metallarbeiterverband nicht treffen.

Unsere Kollegen werden sich durch die Angriffe des Gewerksvereins nicht irritieren lassen, sondern unermüdet an ihrem erkannten Ziel weiterarbeiten; vor allem ersuchen wir sie, gewissenhaft und treu wie bisher auch in den Ortsstellen weitermitzuarbeiten. Mit Austritten aus den Kartellen, zu denen sich leider der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter an manchen Orten hat hinreißten lassen, wird die Gesamtbewegung nur geschädigt und die Arbeit der roten Organisationen erleichtert. Wir als christliche Metallarbeiter wollen auch hier wieder zeigen, was wir unserer Gesamtbewegung schuldig sind.

Streiflichter

Die Leitung des Gesamtverbandes in Berlin.

Vom 1. Oktober 1921 befindet sich die Leitung unseres Gesamtverbandes in Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25, Fernruf Umland 1572-1580. Die Verlegung des Stiles war schon seit längerer Zeit geplant. Aber die Ausführung scheiterte an den schwierigen Wohnungsverhältnissen, bis es dem Gesamtverband im Verein mit unserem Deutschen Gewerkschaftsbund und den Spitzenorganisationen der Angestellten und Beamten gelang, in der Reichshauptstadt ein eigenes Heim zu erwerben. Das Haus umfaßt ca. 150 Räume. In ihm sollen nach und nach sowohl die Leitungen der drei Spitzenorganisationen wie auch die Leitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes vereinigt werden. Das ist organisatorisch von der allergrößten Wichtigkeit und war bisher ein Mangel unserer Bewegung. Berlin ist die Zentrale der parlamentarisch-politischen und wirtschaftlich-sozialen Verhandlungen und Beschlüsse. Hier haben wir die führenden Kräfte zu konzentrieren. Dieses Bestreben kann für unser Bestreben nur von Nutzen sein. Das Generalsekretariat, 1908 unter Leitung Stegerwalds ins Leben getreten, hatte beinahe 19 Jahre seinen Sitz in Köln, zunächst im Hause Palmstraße 14, dann in der Eintrachtstraße und zuletzt im schon eigenen Heim am Venloerwall. Daß die christliche Gewerkschaftsbewegung eine Bedeutung angenommen hat, wie wir sie nur wünschen können, davon zeugt auch die Umgruppierung ihrer inneren Organisation.

Steigende Lebensmittelpreise.

Mehr denn je hinkt heute die Statistik selbst bei rascher Ermittlung und Verarbeitung hinter der Preisbewegung an den Lebensmittelmärkten einher. So sind die jetzt für Breunern veröffentlichten amtlichen Angaben über die häufigsten Großbezugspreise für Mehl, Hülsenfrüchte, Kartoffeln usw. sowie die häufigsten Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel und Hausbedarfsartikel durch die inzwischen eingetretene weitere Aufwärtstbewegung bereits überholt. Immerhin verdienen diese amtlichen Angaben Beachtung, da sie zeigen, daß in der zweiten Jahreshälfte eine neue Preissteigerungswelle eingeleitet hat, deren Wucht und Ausdehnung sich auch noch nicht entfernt abschätzen läßt. Die Forderung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide hat eine rasche Anpassung der Inlandspreise an diejenigen des Weltmarktes hier und da sogar eine darüber hinausgehende Steigerung gebracht. Der Preis für den Doppelzentner Weizenmehl stieg sich im August 1921 auf 378,46 gegen 244,08 im Vormonat und 30,76 im August 1913. Roggenmehl wurde durchschnittlich mit 350,46 Mk. bezahlt, das sind 125,16 Mk. mehr als im Vormonat und 325,49 Mk. mehr als im August 1913. Im Kleinhandel wurden folgende Preise ermittelt:

Für 1 Kilogramm in Pfennigen:

	August 1913	August 1920	August 1921
Erbisen (gelbe)	39,4	534,6	622,7
Erdkartoffeln (neue)	8,2	93,6	177,5
Ebutter	261,8	3358,1	5868,5
Weißbrot (Semmel)	52,7	283,6	433,0
Roggenbrot mit Zusatz von Weizenmehl	29,1	235,1	353,2
Reis	43,6	1101,4	856,6
Gebrannter Kaffee	313,4	6031,3	4874,9
Zucker	50,6	404,2	823,2
Vollmilch 1 Liter	21,0	187,2	334,3

Die Ausflüchte für die Weiterentwicklung der Lebensmittelpreise sind die denkbar ungünstigsten. Seit August hat sich — nicht zuletzt infolge einer skrupellosen Spekulation — die Kaufkraft der Papiermark im Ausland um rund ein Drittel verringert. Dementsprechend ist der Einkauf von Getreide, Kaffee, Hülsenfrüchten usw. am Weltmarkt erschwert und die Preisbewegung dieser Produkte im Inlandsmarkt stark nach oben beeinflusst worden. Am 1. Oktober wurden an der Berliner Produktenbörse bereits gezahlt für 100 Kilogramm Weizenmehl 625 Mk. bis 670 Mk., Roggenmehl 440 Mk. bis 485 Mk. und Vittoriaerbsen 620 bis 660 Mk. Die anhaltend trockene Witterung hat ferner die Kartoffelernte und den Ertrag an Futtermitteln, beeinträchtigt. Infolgedessen sind besonders die Kleinbauern hinsichtlich der Versorgung mit Viehfutter in arge Bedrängnis gekommen und haben bereits im September ihre Zuflucht zu Notkassationen nehmen müssen. Die Wirkungen dieser Vorgänge auf den Lebensmittelmarkt werden sich im kommenden Winter deutlich genug äußern. Wir haben außer der weiteren Verteuerung von Brot, Kartoffeln, Zucker und Hülsenfrüchten, auch stark steigende Milch-, Butter- und Fleischpreise zu erwarten.

Brüderlichkeit.

Die vereinigte kommunistische Partei (K. P. D.) veruneinigt sich immer mehr. Unter den 20 Abgeordneten, die sie im Parlament hat, gibt es nicht weniger als 7 eigene Gruppen, die sich untereinander auf das heftigste bekämpfen. Wie der Geisteszustand augenblicklich in der kommunistischen Partei ist, dafür gibt die kommunistische Abgeordnete Maria Wadwig folgenden interessanten Aufschluß:

„Nicht Einigkeit, nicht Solidarität, nicht Brüderlichkeit untereinander war zu finden, sondern gerade das Gegenteil. Welche demjenigen, der nicht fähig ist, betonte: ich bin mit allem einverstanden, was von oben befohlen wird. Ganz von den unerschrockenen Zuständen in Berlin zu schweigen. Schlimmer noch, wenn das Gelöbnis Treue um Treue zerbrochen ist. Ist es nicht ebenso schlimm, wenn man fortwährend die lieblichen Worte hört: „Parlamentarismus, Kleber, Verräter, Streber!“ Erst vor kurzem hatte ich das Vergnügen, auf dem Perron des Bahnhofs in Weissenfels die Worte zu vernahmen: „Na, am längsten sind Sie im Spitzhübenabteil gefahren!“ Das ist allerdings ein eigenartiges Spiegelbild der kommunistisch-journalistischen Herrlichkeit! Der gegenwärtige Zerlegungsprozess in der kommunistischen Partei beweist aber, daß es selbst Unwertwegen“ zu hant geworden ist. Und für solchen Unfug soll sich die Arbeiterklasse hergeben?“

Gewerkschaftliches

Erst radikal, dann gelb.

Der Kreislauf beginnt sich zu vollziehen. Je mehr die radikale Front abebbt, um so mehr steigen die Kräfte der Gelben. Der Kommunismus hält vorzüglich neben einer roten Fahne noch zwei gelbe. Man kann ja nicht wissen! So dachten auch die früheren Radikalen des Leunawerkes in Sachen, die als „freie Männer“ folgenden Brief an die Direktion sandten:

Herrn Diplomingenieur Göhe, Leunawerk, mit der höchsten Bitte, beifolgende Eingabe der Belegschaften von Bau 11, 14 und 107 einer geneigten Durchsicht zu unterziehen und befürwortend dem Herrn Direktor Oster zu unterbreiten.

Von obengenannten Belegschaften wird bei der herrschenden schweren wirtschaftlichen Lage die Durchhaltung der 48-Stundenwoche drückend empfunden. Wir richten aus diesem Grunde die dringende Bitte an die Direktion, allen, die den freien Tag in der Woche nicht wünschen, gewähren zu wollen, 56 Stunden zu arbeiten.

Es ist nicht möglich, wenn der Mann in der einen Woche 228 Mark in der nächsten 282 Mk. und in der dritten 332 Mk. verdient, auch bei der rationellsten Einteilung mit seiner Familie auch nur ein annähernd menschenwürdiges Dasein zu führen. In den meisten Bauten wird ja die 56-Stunden-Woche auch heute noch beibehalten und beziehen verschiedene auch noch Monatsprämien. Wir haben den besten Willen, zu arbeiten, und bitten höflich, die oben genannte Bitte genehmigen zu wollen.

Um die Verteilung vor Schwierigkeiten den Gewerkschaften gegenüber zu bewahren, mag die 48-Stunden-Woche bestehen bleiben mit der Maßgabe, wer aus besonderen Anlässen einen freien Tag braucht, soll ihn erhalten, wer jedoch arbeiten will, soll nicht gehindert werden, 56 Stunden durchzuarbeiten. In den obengenannten Bauten ist ein ununterbrochenes Arbeiten durch die Eigenart des Betriebes sowie erforderlich, so daß sich weiterer Kommentar erübrigt. Wir hoffen, daß die Direktion uns unsere beschiedene Bitte gewährt und erwarten wir eine diesbezügliche Benachrichtigung.

Hochachtungsvoll die Belegschaften der Baue 11, 14 und 107.

Die Bitte der früheren Radikalen ist zu typisch, als daß man Randglossen anhängen sollte.

Sie gehen betteln.

Die „Deutsche Handelswoche“ veröffentlicht ein Schreiben roter Gewerkschaftler, das nicht nur wegen seines formvollendeten Stils, sondern aus anderen Gründen der Nachwelt erhalten zu werden verdient.

Bielefeld, den 26. August 1921.

Hochgeehrte Firma!

Die gesamten Angestellten der Hotel-, Restaurations- und Cafésbetriebe Bielefelds feiern am Freitag, den 30. Sept. in den Räumen der „Berghof“, Inhaber Herr A. Meckmann, Sparrenberg, ihre diesjährige Herbstfeier, verbunden mit einer Tagung an welcher Vertreter aus ganz Rheinland und Westfalen teilnehmen, bestehend in Konzert, Verlosung und Ball. Wir bitten Sie daher freundlichst, durch Zufundung einer Spende Ihrer hochgeschätzten Fabrikate, das Fest zu verschönern helfen.

Eofl. Zufundungen bitten wir freundlichst recht an den Unwertvollen zu können. Im Voraus sagen wir Ihnen für Ihr freundliches Entgegenkommen unsern hochherzigen Dank und bitten zugleich, um baldige Rückantwort, ob wir damit rechnen können.

Hochachtungsvoll S. A.: Ernst Reefe, Geschäftsführer.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafésangestellten, von dem dieser aus lauter Freiheits- und Unabhängigkeitsgefühl entdankende Brief stammt, ist eine sehr radikale Gewerkschaft. Er gehört gleich wie der ihm geistesverwandte Zentralverband der Angestellten zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und hat auch sonst viele verwandte Eigenschaften mit dem Zentralverband der Angestellten. Wie dieser bezeichnet auch der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafésangestellten die in unserem Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Verbände mit Vorliebe als gelbe Gewerkschaften und arbeitnehmerfeindlich. In Wirklichkeit gelb aber sind diese sozialistischen Klingelbeutelchwinger.

Stundenlohn als Wochenbeitrag.

Dieses gewerkschaftliche Prinzip ringt sich in der letzten Zeit immer mehr durch. Besonders sind es die kleineren Verbände, die einen energischen Rud nach vorwärts machen. Der Christliche Holzarbeiterverband hat nach seiner letzten Beitragsregulierung folgende Beiträge in den Hauptklassen beschlossen:

- 10 Mark in Beitragsklasse 1,
- 9 Mark in Beitragsklasse 2,
- 8 Mark in Beitragsklasse 3,
- 7 Mark in Beitragsklasse 4,
- 6 Mark in Beitragsklasse 5.

Auch bei uns christlichen Metallarbeitern muß das Bestreben darauf hinausgehen, einen Stundenlohn als Wochenbeitrag zu erheben, um wenigstens in etwa über die Stürme der Zeit hinwegzukommen.

Sozialpolitik

Anspruch auf Invalidenrente usw. trotz erschöpfener Anwartschaft.

Bevor Anspruch auf Invalidenrente erhoben werden kann, muß eine entsprechende Anzahl Marken entrichtet worden sein. Erforderlich sind, wenn ein versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis vorliegt, mindestens 200 Beitragswochen. Nach Verwendung dieser Mindestzahl von Marken kann ein Anspruch auf Rente geltend gemacht werden, vorausgesetzt, daß auch Invalidität vorhanden ist. Noch nicht invalide Personen müssen weiter leben, damit die bereits erworbene Anwartschaft erhalten bleibt. Dies geschieht dadurch, daß alle 2 Jahre, vom Ausstellungstage der Karte abgerechnet, mindestens 20 Marken entrichtet werden. Infolge von Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Notlage kommt es aber doch vor, daß Versicherte, die im Besitze einer größeren Anzahl von vollgekauften Karten sind, es unterlassen, obige 20 Marken jährlich zu kaufen und dann allen Anspruchs verlustig gingen, während andere, die knapp 200 Beitragswochen nachweisen können, aber nach Rücksicht weiter leben (wenn auch die niedrigste Lohnklasse) unbekanntet ihrer Anspruch geltend machen können.

Um für solche, aus irgendwelcher Notlage entstehenden Verfallensfälle einen entsprechenden Ausgleich zu schaffen, wurde eine Ergänzung des Gesetzes hinsichtlich des Erlöshens der Anwartschaft vorgenommen. Der neu eingefügte Satz lautet: „Die Anwartschaft gilt nicht als erschöpft, wenn die zwischen dem erstmaligen Eintritt in die Versicherung und dem Versicherungsfall (Invalidität) liegende Zeit mindestens mit ¼ ordnungsgemäß verdientes Beiträge belegt ist, Würde also z. B. eine Person, die anfangs Mai 1906 versicherungspflichtig und anfangs September 1921 invalide geworden ist, bis zu letztgenannten Zeitpunkt mindestens 600 Beitragswochen nachweisen können, dann hätte sie trotz erschöpfener Anwartschaft Anspruch auf Invalidenrente, denn bei regelmäßiger Beitragsleistung hätten 800 Mark entrichtet werden können und ¼ hieron gibt die Anzahl von 600.“

Besicht bei der Markenverwendung ab 1. Oktober 1921.

Bisher hat es bekanntlich fünf Marktklassen gegeben. Sie stufen in den Lohnklassen 1-5 1,80, 2,20, 2,60 und 2,80 pro Stück. Seit 1. Oktober 1921 sind diese Marken außer Kurs. An ihre Stelle treten neue Marken und zwar für 8 Lohnklassen, A bis H, die Preise dafür sind folgende: 3,50, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50, 9, 10,50 und 12 Mk. pro Marke. Wer nach dem angegebenen Zeitpunkt noch Marken der erstgenannten Art (alte Marke) auf Grund Versicherungs- oder freiwilliger Weiterversicherung an sich hat, erzielt einen Schaden insofern, als ihm diese Marken nicht angerechnet werden. Der Wert der Marken wird auch nicht etwa erhöht, wie es seither üblich war, sondern die nach dem 1. Oktober geltenden alten Marken sind jetzt vollkommen ungültig und müssen für die betreffenden Zeiträume nochmals die richtigen neuen Marken geleistet werden. Es ist daher anzuraten, keine alten Marke mehr nach dem 1. Oktober 1921 zu verwenden. Wer noch unersetzte Marken alten Wertes besitzt, bringe sie zur Markenverkaufsstelle (Postamt), wofür sie gegen die neuen Marken umgetauscht werden können. Auf diese Weise geht wenigstens das verausgabte Geld nicht verloren und der Vorteil ist noch dabei, daß beim Umtausch die Marken zum doppelten Werte gerechnet, bzw. es muß für die neuen Marken nichts aufbezahlt werden.

Aus der Wirtschaft

Die Ausdehnung der Linde-Hofmann-Werke A.-G.

Zu den in den letzten Tagen bekannt gewordenen Vorgängen bei den Linde-Hofmann-Werken in bezug auf ihre Vergrößerung erfährt man jetzt folgendes: Der A.-G.-Linde-Hofmann-Konzern hat nicht nur durch überwiegende Kapitalbeteiligung die Kommanditgesellschaft Goolens, Lochner u. Co., Waggonfabrik in Brand bei Aachen und das Rheinische Waggonkontor Rudolf Lochner u. Co. in Aachen in seine Interessengemeinschaft einbezogen, sondern wird außerdem das Werk Hennigsdorf a. d. Havel in eine A.-G. mit 50 Mill. Mk. Grundkapital umwandeln. An dieser A.-G. wird das den Linde-Hofmann-Werken bereits durch überwiegende Aktienmehrheit gehörige Sächsische Kohlstoffwerk A.-G. Rauschhammer wesentlich beteiligt sein. Hennigsdorf soll zu einem technisch auf höchster Stufe stehenden Stahl- und Walzwerk ausgebaut werden und den Konzern mehr und mehr unabhängig machen von den heute immer schwieriger zu beschaffenden Eisen- und Stahlrohstoffen. Die Ausdehnungsbestrebungen des Konzerns werden beleuchtet durch die Tatsache, daß die Eisenbahn-Waggon-Fabrik Berlin (Etag), deren Aktien sich ausschließlich im Besitze der Linde-Hofmann Werke befinden, ihr Kapital in allernächster Zeit um ein Vielfaches erhöhen wird.

Die Schädigung des Saarreviers durch den Frankenkurs.

Die Saarbrücker Handelskammer veröffentlicht eine Zusammenstellung, aus der ersichtlich ist, daß die Personenzugfahrpreise auf den Saarbahnen bis Mitte September um 140 bis 174 v. H. höher waren als auf den Reichseisenbahnen. Die Schuld hieran liegt an der durch die französische Verwaltung eingeführten Berechnung der Fahrpreise in Franken. Bei einem Frankenkurs von 7,82 am 14. September beträgt die Steigerung der Fahrpreise auf den Saarbahnen gegenüber 1913 das Siebenfache, während sie auf den Reichseisenbahnen nur das Sechsfache betrug. Da der Frankenkurs augenblicklich über 8 Mark beträgt, muß die Verteuerung des Reisens im Saarrevier entsprechend höher sein. Wir wollen nur betonen, daß die sozialistischen Gewerkschaften im Saargebiet sich mit aller Macht für den Frankenkurs eingesetzt haben und deshalb an der Schädigung der Arbeiterklasse mitgeholfen haben.

Bekanntmachung

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 16. Oktober der 43. Verbandsbeitrag fällig für die Zeit vom 16. bis 22. Oktober.

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge:

Buchholt ab 1. Oktober: 1. Kl. 6,50, 2. Kl. 6,00, 3. Kl. 3,50, 4. Kl. 1,00 Mark.

Reheim ab 45. Woche: 1. Klasse 7, 2. Kl. 6, 3. Kl. 4, Lehrlingsklasse 1,50 Mark; Lehrlinge in handwerksmäßigen Betrieben 1 Mark, wie bisher.

Friemersheim a. d. H. ab 64. Woche: 1. Kl. 7, 2. Kl. 6, 3. Kl. 4, Jugendklasse 1 Mark.

Verwaltungsstelle Mülheim a. d. Ruhr erhält ebenfalls die Genehmigung der von ihr zu erhebenden Beiträge.

Nichtbefolgung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Streiks und Lohnbewegungen

Aus dem Saarrevier.

Das Wirtschaftsleben des Saarreviers kommt nicht zur Ruhe. Eine Bewegung löst die andere ab. Das deutsche Kapital ist fast vollständig verdrängt. Der Kohlenbergbau befindet sich ganz, die Schwerindustrie überwiegend in französischen Händen. Die Fertigungsgüter gehören zwar noch größtenteils dem deutschen Volk, kämpfen aber einen zähen Kampf gegen die durch die Einführung des Frankenkurs unzulässig gewordenen wirtschaftlichen Verhältnisse, die zu einem vollständigen Erliegen dieser nicht sehr kapitalkräftigen Industrie führen können.

Diese, die gesamte Arbeiterklasse bedrohende Phase erfordert gebieterisch eine gemeinsame Front derselben. Leider fehlt dieselbe durch Schuld des Deutschen M.-Arb.-Verb. vollständig. Besonders bei den letzten Bewegungen trat dieser bedauerliche Zustand in Erscheinung. Erst bei dem, vom 18. Juli bis zum 19. September dauernden Streik der Fertigungsindustrie in Saarbrücken selbst, dann bei dem Terror der Kommunisten, sogar gegen den Willen der Mitglieder des Deutschen M.-Arb.-Verb. herbeigeführten „Streik“ bei dem höchsten Werke in Bülklingen, sowie der letzten, Ende September stattgefundenen Lohnbewegung in der Schwerindustrie des Saargebietes. Es erscheint für jeden Gewerkschaftler direkt unbegreiflich, daß die Hauptleitung des Deutschen M.-Arb.-Verb. nicht das geringste unternimmt, um der unheilbaren und die gesamte Arbeiterklasse schädigenden Taktik ihrer meist kommunistischen Funktionäre ein Ende zu machen. Von einer Einhaltung des Verbandstatutes von dieser Sorte Funktionäre ist keine Rede mehr. Radikale, meist unorganisierte Kommunisten, die vor dem Einströmen zu den Gelben stehen, stimmen in den Betrieben über Streik oder Nichtstreik, d. h. über das Vermögen des D. M.-Arb.-Verbandes mit Einwilligung der roten „Geführten“ ab und heizen die Arbeiter von einem Puls in den anderen. Den ersten Überblick boten diese Elemente den Arbeitern der Fertigungsindustrie Mitte Juli d. Js. Allerdings tragen auch die Unternehmer einen großen Teil der Schuld. Diese Tatsache entschuldigt aber keineswegs das Verhalten der kommunistischen „Führer“, welche durch ihre verkehrte Taktik den Unternehmern geradezu Handlangerdienste leisteten. Ungebillig lange verzögerten die Unternehmer die Verhandlungen über die für die Marktlöhnpfänger so notwendige Lohnerhöhung. Die durch die Einführung des Frankenkurs geschaffene elende wirtschaftliche Lage des Saargebietes gab ihnen dazu die willkommenen Gelegenheit, die berechtigten Wünsche der Arbeiterklasse immer wieder abzulehnen. Endlich waren für den 21. Juli Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband und am 28. Juli eine Sitzung des Schlichtungsausschusses angesetzt. Gewerkschaftsstatistik wäre es nun gewesen, diese Verhandlungen abzuwarten. Aber weit gefehlt, die 17

Arbeiter der Firma Erhardt u. Schme standen auf dem Standpunkt, „auf alle Verhandlungen zu pfeifen und sich den Streik diesmal nicht durch die Lippen gehen zu lassen.“ Obwohl in einer gemeinschaftlichen Konferenz die Mehrheit der übrigen Saarbrücker Betriebe für das Abwarten der Verhandlungen waren, gelang es den radikal geknüpften Elementen am Tage vor der Sitzung des Schlichtungsausschusses die Belegschaften aus den Betrieben herauszuholen. Die Unternehmer lehnten es nun ebenfalls ab, am Schlichtungsausschuss zu erscheinen. Die Folge war ein Streik, der volle neun Wochen dauerte und ungeheure Opfer seitens der Arbeiterkostete. Ein auf Wunsch auch sozialistischer Vertrauensrat eines nichtstreikenden Werkes vom Christl. M.-Arb.-Verband gemachter Versuch, eine Sitzung des Schlichtungsausschusses herbeizuführen, wurde durch einen Ausweg aus der verfahrenen Lage zu finden, wurde sogar vom dem Saarbrücker Geschäftsführer des D. M.-Arb.-Verb. gemeinsam mit den Unternehmern nennentlich. Nachdem die Belegschaften neun Wochen auf der Straße standen, fanden durch die Annäherung eines Verbandes endlich Verhandlungen statt. Diese zeitigten eine Lohnerhöhung von ... 10 Prozent. Ein Betrag, der ohne Streik wahrscheinlich überschritten worden wäre. Geradezu erschreckend war das Verhalten der kommunistischen Kreise anlässlich der Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Verhandlungsergebnisses. Obwohl in zweifelhafter Abstimmung die fünfzigstellige Dreierminorität für Fortsetzung des Kampfes nicht mehr vorhanden war, hielten dieselbe die Arbeiter noch eine Woche von der Arbeit fern, um dann das Ergebnis anzunehmen. Nachdem die Ermächtigung kam, herrschte eine beispiellose Erbitterung gegen die Drahtzieher der ganzen Bewegung im D. M.-Arb.-Verband.

Mittlerweile steht in der Schwerindustrie ein weiterer Lohnabbau ein. Bekanntlich wurde die Schwerindustrie durch die Ueberflutung mit französischem Kapital und Einführung der Frankenslohnzahlung in das französische Wirtschaftsleben eingeschlossen. Während nun die ganzen Gesetzgebungsarbeiten der Industrie in Frankreich gemacht werden müssen, war und bleibt das Hauptabgabengebiet der Saarindustrie der Osten d. h. Deutschland und sind die Haupteinnahmen deutsche Mark. Mit jedem Fallen der Mark und Steigen des Franken verschiebt sich das Verhältnis zungunsten der Industrie. Das beweist in erster Linie die steigende Arbeitslosigkeit in den Ländern mit mittlerer und hoher Valuta. Bis jetzt wurden von den Werken im Saargebiet Arbeiterentlassungen größeren Umfangs nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen vermieden. In den letzten Wochen wurde aber gerade durch die Galutatschwankung diese Frage akut. Die Bäcklinger Hütte nahm als erste den Lohnabbau vor. Der Schlichtungsausschuss nahm einstimmig in die Bücher des Werks und mußte sich von den Verlusten überzeugen lassen. Auf Grund dieser Einsichtnahme stand der Schlichtungsausschuss auf dem Standpunkt, daß ohne eine Verringerung der Selbstkosten, darunter auch Lohnabbau, die von der Werksleitung in Aussicht genommene Schließung des Betriebes nicht würde verhindert werden. Die Arbeiterkassette stand vor der schweren Entscheidung. Entweder Lohnabbau (der Frankenslohn) oder Schließung des Betriebes und damit Arbeitslosigkeit für einige Tausend Arbeiter. Das Arbeitslosigkeitsproblem im Saargebiet bedeutet, kann nur der Eingeweihte beurteilen. Die Erwerbslosensfürsorge liegt im Argen. Die Gemeinde vollständig verfauldet, die Auswanderung fast unmöglich. Die Mitglieder des Christl. M.-Arb.-Verb. entschlossen sich in geheimer Abstimmung, gegen eine verschwindende Mehrheit, für Annahme des Schiedsspruches, der mit der Stimme eines sozialistisch organisierten Angelegten gestützt war. Der D. M.-Arb.-Verb. ließ an den Loren der Hütte abstimmen. Jeder, ob organisiert oder nicht, konnte ohne jede Kontrolle, so oft an den verschiedenen Loren abstimmen, wie er wollte. Die Folge dieser auch dem Statut des D. M.-Arb.-Verb. widersprechenden Abstimmung war eine große „Meinung“ für Ablehnung des Spruches. Trotz dieses Ergebnisses, trotz bombastischer Angriffe der die Geschäfte der Kommunisten beherrschenden „Hilfsrat“ Blau u. s. w. ließ die Belegschaft die Arbeit nicht nieder. Erst dem unerhörten Terror der teilweise von anderen Werken herbeigezogenen Kommunisten, gelang es, einen Teil der Arbeiter von der Arbeit fernzuhalten. Trotzdem ging ein großer Teil der Mitglieder des D. M.-Arb.-Verb. zur Arbeit. Nach einer Dauer von ungefähr vier Wochen brach auch dieser Streik zusammen und Hunderte von Arbeitern waren braslos. Anstelle der Elemente zur Verantwortung zu ziehen, welche die unhaltbaren Zustände im Saargebiet mit herbeiführten, verhielt man den Haß der gestellten Arbeiter auf die Führer der Christl. Gewerkschaften zu lenken, welche rechtzeitig auf die kommenden Zustände hingewiesen haben. Mittlerweile war durch das Steigen des Franken der Lohnabbau in seiner Auswirkung ausgeglichen. Auch die übrigen vier Werke kündigten einen Lohnabbau an. Der Schlichtungsausschuss, der sich mit der Sache befaßte, stellte sich einstimmig, also auch mit den Stimmen der sozialistischen Beisitzer auf den Boden, daß der Lohnabbau, immer verurteilt durch das Steigen des Franken, nicht zu umgehen sei. Die Vertreter der drei Metallarbeiterverbände erlangten die Stellung des Schlichtungsausschusses an und empfahlen der Arbeiterkassette die Annahme des Schiedsspruches. Trotzdem konnte es natürlicherweise der D. M.-Arb.-Verb. nicht unterlassen, mit einigen Werken wiederum eine durchaus wilde Abstimmung vorzunehmen. Anstatt eine mannhafte, kluge und klare Erklärung abzugeben, ließen sich die Führer wieder hinter die Abstimmung, die doch ein Lohn auf jede gewerkschaftliche Taktik ist. Mit solchen Mitteln kann und darf im Saargebiet nicht mehr weiter gearbeitet werden. Entweder geht der D. M.-Arb.-Verb. den selben klaren Weg wie der Christl. M.-Arb.-Verb., oder aber er führt die Arbeiterkassette in das Loch eines brutalen ausländischen Kapitalismus.

Verbandsgebiet

Bezirk Offenbach. Gegen den roten Terror hielten unsere Kollegen in Mühlheim eine äußerst stark besuchte Versammlung ab. Die Versammlung leitete Kollege Weisp aus Darmstadt. Nachdem er die Kollegen und Kolleginnen des christlichen Gewerkschaftsbezirks begrüßt hatte, nahm er Stellung gegen den roten Terror von links der die christlichen Arbeiter drohen machen wollte. Hierauf ergriff der Landessekretär der heil. Gewerkschaften, Kollege Karl Felder-Mainz, das Wort:

Wir sind in dieser schmerzlichen und traurigen Stunde zusammengekommen, um zu protestieren, in dieser Stunde, wo hunderte von unseren Brüdern in Oppau in das tiefste Elend verurteilt sind, hunderte von Familien ihren Ernährer verloren haben und hunderte von armen Vätern und Müttern jammern. Gegen was protestieren wir? Gegen den Terror gegen die Unterdrückung und gegen die Gefährdung der sozialdemokratischen Gewerkschaften. In der sozialdemokratischen Presse liest man immer von Freiheit, Gleichheit, Versammlung: Und was tun die sozialdemokratischen Gewerkschaften? Sie unterdrücken die Arbeiter, die aus Weltanschauungsgründen nicht zu ihnen stehen. Der christl. Arbeiter wird von dem sozialdem. Arbeiter an der Arbeitsstelle unterdrückt. Vom Betriebsrat wird gesagt, daß seiner Parteigehörigkeit, nach dem religiösen Bekenntnis, dem er angehört, und nach der Presse, welche er liebt, gehört er keiner linksstehenden Partei an, so kann er gehen und stehen, wie er seine Familie weiter ernähren kann. § 139 der Reichsverfassung bürgt für volle Koalitionsfreiheit jedes deutschen Staatsbürgers, und die Bestrafung, die man selbst geschaffen hat, wird hier mit Füßen getreten. Heute leiden wir unter dem Druck der linksstehenden Parteien, der Sozialdemokratie, ihrer Obmannen und Betriebsräte, ein Druck, der noch viel schlimmer ist, als der Druck der oberen Arbeiterschaft vor dem Krieg. Denn hier sind es Arbeiter gegen Arbeiter. Prüft über ein solches Verhalten: Das schlimmste ist noch die Gefährdung der Arbeiter. Ehe man in einem Betriebe Arbeit bekommt, wird erst nach der Meinung gefragt, und bekannt man sich als christlich, so heißt es: Warum nicht zur freien Gewerkschaft übergetreten? Um nur für sich und ihre Familien Zukunft zu bekommen, verzeihen unter dem gerechten Druck schließlich so mancher seine Meinung. Wir müssen

schärf gegen diese Auswüchse angehen, uns vollhaft bewußt, daß wir als christliche Männer auch unser Recht zu wahren wissen. Wehe dem deutschen Volke, wenn die roten „Freiheitskämpfer“, die absolute Macht in die Hände bekommen! Wir verwerfen jede Diktatur, von rechts und links, wir wollen nichts haben als unser Recht und unsere Freiheit als Menschen und Staatsbürger. Wir wollen unsern Familienleben schützen und daher uns so stehen, daß die Frau nicht in die Fabrik zu gehen braucht. Sie hat genug Pflichten und Arbeit im Hause. Unsere vom Staate so schwer erworbenen Rechte für die deutschen christlichen Gewerkschaften wollen wir wahren, und dazu auch unsere volle, wahre Freiheit, nicht eine solche von Gnaden der Sozialdemokratie. Als ganze Männer wollen wir uns in offenem Kampfe unserer Farbe zusammenschließen und gekämpft kämpfen, damit auch die vielen Laien und Schwankenden unter der Arbeiterkassette ein starkes, mutiges Front sehen und sich zum Anschluß entschließen können. Wir brauchen Ruhe, Freiheit und Ordnung.

Hierauf ergriff Kollege Landtagsabg. Knoll-Mainz das Wort: Da die christlichen Gewerkschaften hier schwer zu kämpfen haben, so bin ich gern nach Mühlheim gekommen. Wir leben zwar in einem demokratischen Staate, der die Freiheit will auf allen Gebieten — aber was für eine „Freiheit“? Die sozialistischen Gewerkschaften wollen eine Freiheit für sich, aber nicht für die christlichen Arbeiter. Es gibt zwar Gesetze, die sich der Arbeiter selbst geschaffen hat. Die Reichsverfassung gibt Freiheit für jedermann, und dennoch werden dem christlichen Arbeiter Sklavereien angelegt. Der Betriebsrat soll eine Verbindung herstellen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber. So mancher sozialdemokratische Obmann hat aber dabei nur das Wohl seiner Partei im Auge, niemals aber das des christlich organisierten Arbeitkollegen. Vielleicht versteht ein solcher Betriebsrat oder Obmann es auch nicht anders und befürchtet, man könne ihn von seinem Posten jagen. Vielleicht muß er starke sozialdemokratische Gehirnung haben, um seine gute Stellung und sein Auskommen zu behalten. Wir haben im Deutschen Reiche 2 Gruppen von Menschen, die eines wirtschaftlichen Eingriffes bedürfen: Kapitalisten und Arme. Solche, die Millionen und über Millionen besitzen, und solche, denen es kaum für Salz reicht. Hunderte müssen sich hungrig zu Bett legen, nicht an wenigsten christlich organisierten Arbeiter. Es ist traurig, daß wir nach der „glorreichen“ Revolution solche sozialen Gegenstände besitzen. Und durch die gegenwärtige Befämpfung der Arbeiterklasse wird diese Luft noch vertieft, der Kapitalismus gestärkt. Wer hätte geglaubt, daß wir noch einmal jetzt erleben müssen, wie ein Arbeiter den anderen bekämpft? Darum, deutsche christliche Männer, macht auf zum Kampfe, jetzt euch als volle Männer! Bringt eure Ueberzeugung vor! Vertrittet eure Meinung überall! Das Los des Arbeiters ist heute, an und für sich schon traurig genug. Laßt euch von euren sozialdemokratischen Kollegen weder betören noch unterdrücken! Schließt euch mehr und mehr zusammen! Wir wollen nur eine Bestimmung unter uns haben und unteren einen Gott in unserer Mitte. Wehrt euch gegen die religiösen und gottlosen Verbände, haltet zu eurer Presse, die für euch eintritt und dafür als Gegenleistung fordert, daß ihr sie haltet und für sie Propaganda macht! Wer an sich selbst glaubt, dem gehört die Zukunft!

Nach kurzen Ausführungen der Kollegen Gersfelder, Wingenbe, Stähle, Ritter und Felder forderte zum Schluß noch kurz Kollege Weisp, die Versammelten auf, in schwerer Stunde als treue Männer zusammenzutreten und den Lösungen und Forderungen von sozialdemokratischer Seite kein Gehör zu geben, sondern: „Ist nur eigene Organisation zu halten, welche keine Bevormundung durch andere nötig habe. Mit dem Nachsatz: „Auf zum Kampfe für unsere christlichen Gewerkschaften!“ jedoch er die schön und ruhig verlaufene Versammlung, welche unserer schwerkämpfenden christlichen Arbeiterkassette wieder Mut zum Ausmarsch auf kampfmäßigem Vorposten gegeben und das Vertrauen in den Sieg des christlichen Gewerkschaftsgedankens gestärkt hat.

Branchenbewegung

Jessenmetallarbeiter. — Grenzreitigkeiten.

„Der Bergnappe“, Organ des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter ist in seinen beiden letzten Nummern 40 und 41 mit Artiteln humoristischer Art stark durchgegriffen. Alle diese Schmirren zu beantworten, wollen wir uns versagen, weil wir das Verbandsorgan des Christl. Metallarbeiter-Verbandes nicht zu einer Witzliste herabwürdigen möchten.

Nur auf einige Sätze in dem Artikel „Grenzreitigkeiten“ in der Nr. 41 des „Bergnappe“ wollen wir ganz kurz eingehen. Der „Bergnappe“ schreibt u. a.:

„Die Zahlung eines Familienlohnes, die Zahlung von Familienzulagen und Kindergeld ist notwendig und im Bergbau auch ganz gut möglich. Die Vertreter der sogenannten Berufsverbände bekämpfen diese berechtigten Forderungen des Gewerkschafts. Auf einer kürzlich abgehaltenen Konferenz waren sie ohne Ausnahme gegen diese Forderungen. Wenn voran natürlich der Vertreter des Christl. Metallarbeiter-Verbandes. Bei der letzten Lohnerbhöhung war eine Erhöhung der Familien- und Kinderzulagen deshalb leider nicht überall durchzuführen.“

Die Stellung der Berufsverbände und des Christl. Metallarbeiterverbandes ist aber besonders zum Soziallohn, ist an dieser Stelle oft genug markiert worden, so z. B. noch in der Nr. 36 unseres Verbandsorgans. Die Einführung und Erhöhung des Soziallohnes in der Metallindustrie, welche nur durch das einstimmige Eintreten des Christl. Metallarbeiter-Verbandes erreicht werden konnte, beweist zur Genüge, daß der christliche Metallarbeiter-Verband durchaus kein Gegner des Soziallohnes ist. In Zeitartikeln der christlichen Arbeiterbewegung ist aber auch häufig genug darauf hingewiesen worden, daß der Soziallohn auch unsocial wirken kann, wenn nicht die genügende Sicherheit vorhanden ist, daß erst später eintretende Nachteile besonders für den mit einer größeren Kinderzahl begünstigten Familienwater vermieden werden können. Diese Sicherheit können aber nur die in den Richtlinien des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften getroffenen Ausgleiche bieten.

Im übrigen ist es gerade kein rühmendes Zeichen für den Gewerkschaftsverein, wenn er nicht in der Lage war, eine Forderung durchzuführen, weil ein Vertreter „eines Fachverbandes“ in einer Rede auf die Gefahren, die eine weitere Erhöhung des Soziallohnes in dieser Form mit sich bringen, hingewiesen hat. Andererseits steht der Artikelschreiber im „Bergnappe“ doch endlich an, daß die Berufsverbände auf den Zehnen eine Macht darstellen, an der auch die Bergarbeiterverbände nicht so achlos vorübergehen sollten. Unsere Jessenmetallarbeiter werden aus dem Gedächtnis des „Bergnappe“ die richtige Lehre ziehen. Sie werden davon lernen, daß die Berufsverbände auf den Zehnen noch mehr als bisher gestärkt werden.

Für unsere Elektriker.

Gehöhte Unfall- und Feuergefahr. Nachdem während des Krieges und der darauf folgenden Zeit der Umwälzungen überall die Anforderungen des Unfallsschutzes und der Feuergefahr mehr oder minder hart zurückgetreten sind, werden jetzt große Anstrengungen gemacht, um hier wieder zufriedenstellende Zustände zu erreichen. Dementsprechend ist auch überall mit einer vergrößerten Kontrolle der hier in Betracht kommenden Betriebe und Arbeitsplätze zu rechnen. Bei dieser Sachlage ist es recht interessant, daß auch die Leipziger Meilen in zunehmendem Maße Einrichtungen zur Erhöhung der Unfall- und Feuergefahr bringen. Gerade durch die Hinzunahme der technischen Meilen gewinnen die Leipziger Musterkassen immer größere Bedeutung für alle Gewerkschaften, also in erster Linie die indirekte Hinsicht auf größeres Interesse für unsere Leser. Die Durchsicht der Musterkassen Leipzigs gibt dem Fachmann immer Gelegenheit, Einrichtungen zur Erhöhung der Be-

triebs- und Feuergefahr, wie zur Verbesserung der Anlagen und zur Erhebung der Wirtschaftlichkeit lernen zu lernen. Die zunehmende Verbreitung der Elektrizitätsversorgung ist hierbei ein Faktor von großer Wichtigkeit, da der elektrische Strom nicht nur als Antrieb von Maschinen und Apparate, sondern in noch viel größerem Maße für Zwecke der allgemeinen wie der Arbeitsplatz-Beleuchtung Wichtigkeit erlangt hat.

Nun ist die letzte technische Messe gerade für die Erhöhung der Elektrizität in Betr. aller Art, besonders auch für leuchtende Räume und für Arbeiten im Freien einen bemerkenswerten technischen Fortschritt durch die von den Deutschen Werken vorgeführten Schutzwandler. In diesem Unternehmen haben wir es mit jener Werksgesellschaft zu tun, die unter kaufmännischer Leitung in Berlin W. die Fabriken des Staats privatwirtschaftlich zusammenfaßt, die früher den militärischen Bedarf deckten. Von den Fabrikanten für Friedenszwecke erregte auf der Messe der elektrische Schutzwandler zur Erhöhung der Beleuchtungssicherheit und Verringerung der Unfallgefahr Aufsehen. Grundsätzlich handelt es sich darum, die besonders in leuchtenden Räumen, im Freien, in Arbeitsräumen mit chemisch wirksamen Einflüssen und in Werkstätten mit starken mechanischen Beeinflussungen der Isolationen nicht unbedenklichen Spannungen von 220 oder 110 Volt auf 10 bis 20 Volt herunter zu transformieren.

Erfahrungsgemäß kommen gerade bei der Verwendung beweglicher Handlampen, die wegen ihrer bequemen Verwendung durch Anschluß mit Stecker und Kabel an jede Lichtleitung große Verbreitung finden, leicht Beschädigungen der Isolation vor. Bei Berührung tritt dann für Mensch und Tier Unfallgefahr oder gar der Tod ein. Beschädigte Isolationen können auch Ursache von Bränden sein, die wegen der Feuerung immer schädlich sind. Von Wichtigkeit ist namentlich in der Metall-Industrie gute Beleuchtung des Arbeitsvorgangs auf den Werkzeugmaschinen. Es wärmt so aber auch die elektrische Gefahrenmöglichkeit wegen der größeren Anzahl von Menschen, die mit solchen Anlagen täglich in Berührung kommen, mithin muß man der Unfallverhütung auf diesem Gebiete größere Beachtung schenken. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß dort, wo zu den Lichtleitungen Material aus der letzten Kriegszeit verwandt werden mußte, wegen der schlechten Beschaffenheit oft sowie erhöhte Unfallgefahr besteht.

Der Schutzwandler ist als Klein-Manteltransformator von leichter und gefälliger Bauart überall anzuwenden. Er besitzt gegenüber den bisher meist gebräuchlichen Auto- oder Sparttransformatoren den Vorzug, das er eine primäre und eine sekundäre Spule hat. Die sind vollkommen von einander elektrisch getrennt. Durch diese weitgehende Isolation wird ein Uebersetzen der höheren Spannung auf den Lichtstromkreis (Sekundärkreis) ausgeschlossen.

In dem Schutzwandler ist am unteren Ende ein Schalter eingebaut, der die höhere Spannung doppelpolig abschaltet. Der Apparat wird am besten dort eingebaut, wo bisher der Lichtschalter war. Durch die primäre Ausschaltung wird gleichzeitig erzielt, daß Leerlaufverluste vermieden werden. Der Kunde braucht also keinen Leerlaufstrom zu bezahlen und das Elektrizitätswerk hat keine Verschlechterung seines Leistungsfaktors zu befürchten. Am oberen Ende des Schutzwandlers ist in der Lichtleitung (Sekundärkreis) eine doppelpolige Sicherung eingebaut, die sowohl den Transformator, wie den angeschlossenen Leistungswert gegen längere Einwirkung von Kurzschlüssen schützt. Durch die Bauart der Vorrichtung sind Sicherungen, Wädlungen und Schalter weitgehend gegen Feuchtigkeit geschützt.

Der Schutzwandler wird ausgeführt für Leistungen von 25, von 40 oder 60 Volt und für Oberspannungen von 380, von 220, von 190 oder 110 Volt, ferner für Unterspannungen von 12, von 14 oder 20 Volt. Sonderwünsche können natürlich bei der Ausführung berücksichtigt werden.

Das Anwendungsgebiet dieser bemerkenswerten Neuerung erstreckt sich nicht nur auf Werkzeugmaschinen, sondern auch auf Stallungen, Keller, feuchte Räume, Kessel- und Lantanlagen, sowie ähnliche Räumlichkeiten, in denen die Isolationen der elektrischen Leitungen teils durch mechanische, teils durch chemische Einflüsse leicht beschädigt werden. Der Vorteil dieser Einrichtung besteht nicht aber keineswegs auf die Verhütung der Unfallgefahr, sondern namentlich macht sich der Schutzwandler durch Ersparungen an der Installation, wie an Strom- und Lampenverbrauch sehr schnell bezahlt.

Für die praktische Ausnutzung dieses technischen Fortschrittes ist es wichtig, daß der Schutzwandler ohne weiteres von jedem Installateur anzuordnen ist. In niedrigen Räumen usw. kann bei Verwendung dieses Klein-Manteltransformators unter Umständen auch von der so teueren Art der Leistungsversorgung in Stahlpanzerrohr oder Erdkabel abgesehen werden, da die Verhütung der geringspannigen Leitungen ja für den Menschen unerschütterlich ist. Im Maschinen-Betrieb kann infolge guter, überallhin bringender Einzelbeleuchtung jeder Maschine die Gesamtbeleuchtung des Raumes niedriger gehalten werden, was zu Ersparnissen in den Beleuchtungskosten erheblich beiträgt. Im übrigen sind die kleinen 12-voltigen Halbwattlampen in Anschaffung und Stromverbrauch billiger als die Halbwattbeleuchtungseinrichtungen gleicher Kerzenstärke für 110 bzw. 220 Volt.

Schließlich muß in unserer Zeit der allgemeinen Diebstahlsucht, die ja leider selbst in den Werkstätten immer noch zu bekämpfen ist, auch darauf hingewiesen werden, daß man durch Einbau des Schutzwandlers den Lampendiebstahl praktisch am besten bekämpft. Die hierbei zu verwendenden Lampen haben nämlich außer der anderen Spannung auch noch anderes Gewinde! Ihr Diebstahl lohnt sich also nicht. Das führt dazu, daß namentlich Großverbraucher durch erhebliche Ersparnisse an Lampen infolge der Verhütung der Diebstahlsgefahr wesentliche Vorteile durch den Schutzwandler erreichen. Unter diesen Gesichtspunkten der Verhütung der Unfallgefahr und der übrigen Vorteile kann also der Schutzwandler Anspruch darauf machen, für die moderne Werkzeugmaschinen-Technik ein wichtiges Zubehör darzustellen. P. M. G.

Literatur

Weltäther, Elektrizität, Materie. Zahl und Form.

Ueber diese wichtigen, in den letzten Jahren viel umstrittenen Fragen hat Dr. Harry Schmidt eine allgemeinverständliche Darstellung herausgegeben, die es auch dem gebildeten Laien ermöglicht sich über diese physikalischen Fragen der Gegenwart zu orientieren. Das Büchlein enthält eine Sammlung einzelner, in sich abgeschlossener Aufsätze, in denen ausgewählte Gebiete der Physik gemeinverständlich besprochen werden. Der erste Aufsatz ist nicht so sehr darauf angelegt, die neuesten Ansichten über das Problem des Weltäthers in aller Ausführlichkeit zu entwickeln, sondern es soll dem Leser in der Hauptsache klar gemacht werden, warum der Begriff des Weltäthers überhaupt in die Physik eingeführt wurde.

Die übrigen Aufsätze behandeln neuere Experimentalanuntersuchungen, die nicht nur für die Fachwelt, sondern für weitere Kreise von Interesse sein dürften. Wir können unseren Lesern, die für solche Fragen Interesse haben, dieses Buch, sowie auch die weiteren Schriften „Zahl und Form“, Preis: geb. 15 M., vom selben Verfasser zur Anschaffung nur empfehlen. Der Preis des Buches „Weltäther“ beträgt geb. 14 M., und ist vom Verlag Paul Hartung, Hamburg, zu beziehen.

Neueste technische Bücher

findet man in dem Katalog Nr. 137, der kostenlos und portofrei geliefert wird. Er enthält u. a.: „Schule des Elektromonteurs“, von Ing. S. Herzog, Mark 6.— „Schule des Maschinenmonteurs“, v. Ing. S. Herzog, M. 6.50. „Hausinstallation“, von Ing. M. Lachmann, Mark 9.50. „Leit. d. Elektro- u. Elektr. u. Licht“, von Ing. E. Meyer, Mark 3.50 usw.

Oskar Leiner, Buchhdl. f. Technik, Leipzig, Königstr. 26/B